



Angeregter Meinungs austausch zum Thema „Beschaffung der öffentlichen Hand“ bei der Podiumsdiskussion „Fairness in Niedersachsen?“

Prüfantrag ist nicht genug

## Öffentliches Beschaffungswesen in Niedersachsen im Gespräch

16 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes werden durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben. Viele dieser Produkte, wie Spielzeug, KFZ, Computer, Bekleidung und Blumen kommen heutzutage aus Exportproduktionszonen, wo menschenunwürdige Arbeitsbedingungen – auch für Kinder – an der Tagesordnung sind. Verbindliche Umwelt- und Sozialstandards könnten davor schützen: Als Großabnehmer haben öffentliche Einkäufer Einfluss auf die Bedingungen in der Produktion und können Maßstäbe setzen. Knapp über 100 Städte, Gemeinden und Landkreise haben bisher Beschlüsse und Verwaltungsvorgaben gegen eine Ausbeutung durch Kinderarbeit getroffen und auch immer mehr Bundesländer schließen sich dem an. Als erstes Bundesland beschloss Bayern im Juli 2007 Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei der öffentlichen Beschaffung auszuschließen. Bereits im Herbst brachte die Grünen-Fraktion in Niedersachsen einen Antrag ein, der fast identisch mit den bereits in Bayern und dem Saarland beschlossenen ist.

Vor diesem Hintergrund lud das 3Welt-Forum im Zusammenarbeit mit dem VEN am 12. November 2007 zu einer Podiumsdiskussion zum Thema öffentliches Beschaffungswesen in Niedersachsen ein. Als Einleitung und Hintergrund gab Thomas Dürmeier ein Einführungsreferat zu der Thematik. Neben Hannes Philipp, dem Geschäftsführer des VENs, diskutierten Enno Hagenah vom Bündnis 90/Die Grünen, Sigrid Leuschner von der SPD, Gisela Konrath von der CDU, Roland Riese von der FDP und Giesela Brandes-Steggewentz von Die LINKE. Während sich die VertreterInnen von der SPD, CDU und den Grünen über die Notwendigkeit eines Ausschlusses von Produkten aus Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen einig waren, verwies die Ver-

treterin von Die LINKE vor allem auf Ausbeutung in Deutschland und Herr Riese von der FDP beharrte auf dem Standpunkt, ein solcher Entschluss könne nicht vom Landtag gefällt werden, sondern dies müsse jeder für sich zu Hause entscheiden, so dass eine angeregte Diskussion entstand.

Einen Monat später, nachdem Ende November der Antrag der Grünen vor dem Landtagsausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr beraten und geändert wurde, wurde der daraus resultierende stark gekürzte Prüfantrag am 12. Dezember 2007 angenommen. Sowohl die Aufforderung an die Bundesregierung eine Regelung zu finden, als auch das Informieren der breiten Öffentlichkeit wurden aus dem Antrag gestrichen. Zudem soll zunächst nur geprüft werden, wie „die rechtlichen Grundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge wie für die öffentliche Beschaffung generell auf Landesebene so geändert werden, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Ausschreibung und Beschaffung ausgeschlossen werden können.“, so der Antrag.

Der VEN ist zwar erfreut, dass nun auch in Niedersachsen das Thema im Landtag angekommen ist, der Antrag in der Form geht ihm jedoch nicht weit genug. Nach der Landtagswahl am 27. Januar wird der VEN die neuen Abgeordneten verstärkt auf das Thema aufmerksam machen und gemeinsam mit den Enno Hagenah (Grüne) und in Kooperation mit Frau Leuschner (SPD) und Konrath (CDU) erneut versuchen, einen Antrag zur Abschaffung von ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen ins Gespräch zu bringen.

## Inhalt

### NEUES VOM UND AUS DEM VEN

Öffentliches Beschaffungswesen im Gespräch  
 Was bringt 2008?  
 Neue Landesregierung! Neue Entwicklungspolitik?  
 Projektbüro SüdNord in der Bildungsarbeit  
 bei VEN & VNB geht „weltwärts“  
 Verbund der nichtkonfessionellen Entsendeorganisationen  
 zu WELTWÄRTS gegründet  
 Änderungen im Spendenrecht  
 Finanzworkshops fanden regen Anklang  
 Der Zirkus Barbarella auf Reis in Ghana  
 Entwicklungspolitisches Planspiel für Jugendliche

### VEN-MITGLIEDER UND JENSEITS DER LANDESGRENZEN

Dialogprojekt Milch mit Gästen aus dem Süden  
 Internetservice „GeldtransFAIR“  
 Junge Menschen wollen fair produzierte Elektronikgeräte  
 Nichtregierungsorganisationen treffen Bundeskanzlerin  
 Fachtagung zum Beschaffungswesen auf Bundesebene

### KURZ & BÜNDIG

### VEN-Jahresplanung im Welthaus Barnstorf

#### Was bringt 2008?

Am 11. und 12. Januar haben sich die VEN-Aktiven aus der Hannoveraner Geschäftsstelle und anderen niedersächsischen Städten zu Rückblick und weiterer Planung getroffen. Während das Zucker-Projekt nach zwei erfolgreichen Jahren zu Ende geht, wird das Projekt „Planet 8“ auch 2008 zu den Millennium-Development-Goals informieren. Unter der Leitung von Marion Rolle aus Lüneburg hat im Januar außerdem das VEN-Projekt zum Thema „Klimawandel aus Frauen“ begonnen. In diesem Rahmen wird der VEN im Sommer auch Gäste aus Tansania und Bolivien empfangen. Weiterhin wird sich der VEN als anerkannte Entsendeorganisation auch an dem vom BMZ initiierten Freiwilligen-Programm „weltwärts“ beteiligen.

Weitere Informationen hierüber folgen in den nächsten Rundbriefen. Auch im nächsten Jahr wird es natürlich entwicklungspolitische Einzelveranstaltungen sowie Beratungs- und Bildungsangebote für Mitgliedsgruppen und entwicklungspolitisch Interessierte geben. Termine und Inhalte werden rechtzeitig über Homepage und Rundbrief veröffentlicht.

Hannes Philipp, eMail: hannover@ven-nds.de, Tel.: 0511-391650

### Nach der Landtagswahl

#### Neue Landesregierung! Neue Entwicklungspolitik?

- 1 Vor der letzten Landtagswahl hörten und lasen wir von den zuständigen Finanzministerien der Länder und des Bundes: Wir sind
- 2 (fast) zahlungsunfähig! Wir müssen sparen! Unsere Vorgänger
- 2 haben schlecht gewirtschaftet! Das ist nach dieser Wahl – glücklicher
- 2 weise – wieder anders. Den Bundesländern geht es besser und dies muss sich
- 3 selbstverständlich auch im Stellenwert und in der Finanzierung der
- 3 Entwicklungspolitik abzeichnen.
- 4 Niedersachsen und dessen Landesregierung hat seinen Teil der
- 4 Verantwortung für mehr Gerechtigkeit in der Welt zu übernehmen. Auch wir
- 4 in Niedersachsen müssen uns intensiv mit den globalen Themen Klimaveränderung,
- 4 Fairer Handel, Sozialstandards und Verhaltenskodizes beschäftigen. Niedersachsen
- 5 muss seinen Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsziele und deren
- 5 Umsetzung bis 2015 zu leisten. Bei der „Halbzeitbilanz“ in 2007
- 6 gab es noch erhebliche Defizite ... Aber gemeinsam können wir es
- 6 noch schaffen! Die – fast ausschließlich – ehrenamtlichen Gruppen
- 7 und Initiativen in Niedersachsen tragen weiterhin durch ihrer Arbeit zur
- 7 Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung unserer Mitbürger für oben
- 7 genannte Probleme in erheblichem Umfang bei. Dabei werden sie seit vielen
- 7 Jahren vom VEN unterstützt!

Wie die neue Landesregierung mit der Entwicklungspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung des VEN verfahren wird, bleibt abzuwarten. In den Wahlprogrammen wurden diese Themen nicht besonders hervorgehoben. Die neue Landesregierung hat jetzt die gute Chance, den von der CDU und dem Bündnis 90/die Grünen im letzten Landtag eingebrachten und von allen Fraktionen einstimmig (!!) beschlossene Antrag „Aus Fremden werden Freunde“ umzusetzen. Deshalb möchten wir vor allem die Niedersächsische Landesregierung und die Mitglieder des Niedersächsischen Landtags ermutigen, sich weiterhin entwicklungspolitisch zu engagieren und das entwicklungspolitische Engagement der zivilgesellschaftlicher Gruppen in Niedersachsen zu unterstützen.

Viele Grüße: Hannes Philipp

### Das entwicklungspolitische Freiwilligenprogramm „weltwärts“

#### Projektbüro SüdNord in der Bildungsarbeit bei VEN & VNB geht „weltwärts“

Eine Hannoveranerin gehört zu den ersten Freiwilligen, die im Rahmen des neuen Freiwilligenprogramms der Bundesregierung ausreisen. Am Donnerstag, den 17.01.2008 eröffnete die Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ, Heidemarie Wiecek-Zeul in Berlin das neue entwicklungspolitische Freiwilligenprogramm „weltwärts“. Das Programm „weltwärts“ richtet sich an junge Menschen von 18-28 Jahren, die für einen Zeitraum von 6-24 Monaten einen Freiwilligendienst in einem entwicklungspolitischen Projekt in Afrika, Asien oder Lateinamerika ableisten möchten.



Linda Böhm bei dem Projekt „reciclarT3“ in Brasilien

Unter den ersten Freiwilligen, die mit „weltwärts“ ins Ausland gehen, befindet sich auch eine Hannoveranerin. Linda Böhm, 20 Jahre, aus Hannover Linden wird für 6 Monate unter dem Motto „Lernen durch tatkräftige Hilfe“ in dem Recycling- Projekt reciclarT3 in Brasilien mitwirken. Entsendet wird sie vom Projektbüro SüdNord in der Bildungsarbeit bei VEN und VNB und der St. Thomas-Gemeinde in Hannover Ricklingen.

ReciclarT3 ist ein Projekt, das von der brasilianischen Künstlerin und Designerin Aguida Zanoli in Belo Horizonte ins Leben gerufen wurde. Ihre Arbeit wurde bereits auf der Expo 2000 in Hannover ausgestellt und inspirierte u.a. ein Hannoversches Netzwerk zur Entwicklung des Projekts WandelWerte. Das Institut reciclarT3 beinhaltet in Brasilien eine Design-Schule und technische Lehranstalt. Dort werden ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen darin unterrichtet, wie sie aus Recyclingmaterialien hochwertige Mode und Gebrauchsgegenstände herstellen können. StudentInnen und professionelle DesignerInnen, aber auch Menschen aus armen Bevölkerungsschichten und Straßenkinder, die dadurch ihrer Armut entgegenwirken möchten, werden durch reciclarT3 erreicht.

Weitere Infos: Gabriele Janecki, Projektbüro SüdNord in der Bildungsarbeit bei VEN & VNB, Mail: janecki@vnb.de, Tel.: 0511-2791031

DED erhält finanzielle Besserstellung gegenüber NROs

### Verbund der nichtkonfessionellen Entsendeorganisationen zu WELTWÄRTS gegründet

„Im Verbund ist man stärker“, so der Tenor der 23 Vertreter von Organisationen, die bundesweit als Entsendeorganisationen am Freiwilligenprogramm WELTWÄRTS teilnehmen oder mitdiskutieren wollen. So gründeten sie am 16.1. in Berlin den Verbund WELTOFFEN. Der programmatische Name besagt schon, dass der Zusammenschluss nicht auf konfessionelle Grenzen achtet, denn die Kirchen sind entlang alter Grenzen und Gebräuche (cuius regio, eius religio) nicht zu einem gemeinsamen Verbund bereit gewesen. Den Bereich der evangelischen Kirche vertritt eFeF ([www.efef-weltwaerts.de](http://www.efef-weltwaerts.de)), den der katholische Kirche die fid ([www.agede/fid/fid\\_freiwilligendienste\\_M.htm](http://www.agede/fid/fid_freiwilligendienste_M.htm)).



Weltoffen – Der Verbund WELTOFFEN

Eine enge Kooperation ist aber schon angelaufen, da mit dem BMZ ein klarer Ansprechpartner für die Lobbyarbeit ausgemacht ist. Der Verbund WELTOFFEN soll mit zwei Stimmen im neu einzu-richtenden Beirat vertreten sein. Der Kreis hat aus seiner Mitte einen Sprecherrat gewählt, der sich am 30.1. zum ersten Mal trifft. Er wird zwei Sprecher wählen und die Agenda der nächsten Wochen bestimmen. Die nächste Mitgliederversammlung des Verbundes ist für Juni 2008 geplant. Gewählt wurden: Vertreter von IJGB, IB und Afs sowie Reinhold Bömer als Vertreter des VEN. Als wichtige Punkte für die nächste Zeit ist beschlossen flexiblere Lösungen bei der Finanzierung auszuhandeln und die eklatant unfaire Bevorzugung des DED, der 100% aus staatlichen Mitteln zur Finanzierung einsetzen kann und den NROs, die nur 75% bekommen, auszugleichen.

Autor: Reinhold Bömer; Infos unter: [www.weltoffen-verbund.org](http://www.weltoffen-verbund.org)

### Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements Änderungen im Spendenrecht

Der Bundesrat hat am 21. September 2007 dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ zugestimmt. Dieses Gesetz wurde am 15. Oktober 2007 verkündet und ist rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Wer sich ehrenamtlich engagiert, kann von Neuerungen und steuerlichen Vergünstigungen profitieren, was auch für die Arbeit von Vereinen hilfreich ist. Die Änderungen im Überblick:

- Der Übungsleiterfreibetrag wurde von 1.848 Euro auf 2.100 Euro angehoben. Dies bedeutet, dass Übungsleiter bis zu 2.100 Euro pro Jahr für ihre Tätigkeit bekommen dürfen, ohne dass von diesem Betrag Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen.
- Es wurde eine völlig neue steuerfreie Aufwandspauschale für ehrenamtlich Tätige eingeführt. Mit einem Freibetrag in Höhe von 500 Euro wird pauschal der Aufwand, der den ehrenamtlich tätigen Personen durch ihren Einsatz entsteht, abgegolten.
- Die Höchstgrenzen für den Spendenabzug wurden auf einheitlich 20 Prozent der Einkünfte angehoben. Bisher waren es, abhängig vom Empfänger, 5 Prozent oder 10 Prozent. Dadurch können erheblich höhere Spendenbeträge von der Steuer abgesetzt werden.

- Spenden bis 200 Euro können jetzt durch einfachen Bankbeleg (Bareinzahlungsbeleg oder Buchungsbestätigung) nachgewiesen werden (so genannter „vereinfachter Spendennachweis“, die Höchstgrenze dafür war bisher 100 Euro).
- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften wurde von insgesamt 30.678 Euro Einnahmen im Jahr auf 35.000 Euro angehoben.

Eine ausführliche (aber auch recht juristische) Übersicht über die Änderungen findet ihr unter: [http://www.wp-kloppe.com/downloads/Mandanten\\_Information\\_10\\_2007.pdf](http://www.wp-kloppe.com/downloads/Mandanten_Information_10_2007.pdf)

Hannes Philipp

### Praxisworkshops „Finanzwesen in NROs“ im Dezember Finanzworkshops fanden regen Anklang

Rund 20 VEN-Mitglieder und andere Interessierte folgten der Einladung von VEN und agl zu den Praxisworkshops „Finanzwesen in NROs“ am 11. und 12. Dezember. Auf zwei Tage verteilt führte die Referentin Monika Friedrich in die Bereiche „Finanz- und Liquiditätsplanung“ und „Finanzierungsmöglichkeiten und Antragsstellung, -abrechnung“ ein. Mit praxisnahen Beispielen, übersichtlichen Handouts und vor allem der Gelegenheit in Übungen das Erlernte direkt zu erproben, schaffte sie den Teilnehmern einen breiten Einblick in die Themengebiete. Auch auf Einzelfragen wurde in den Kaffee- und Mittagspausen eingegangen.

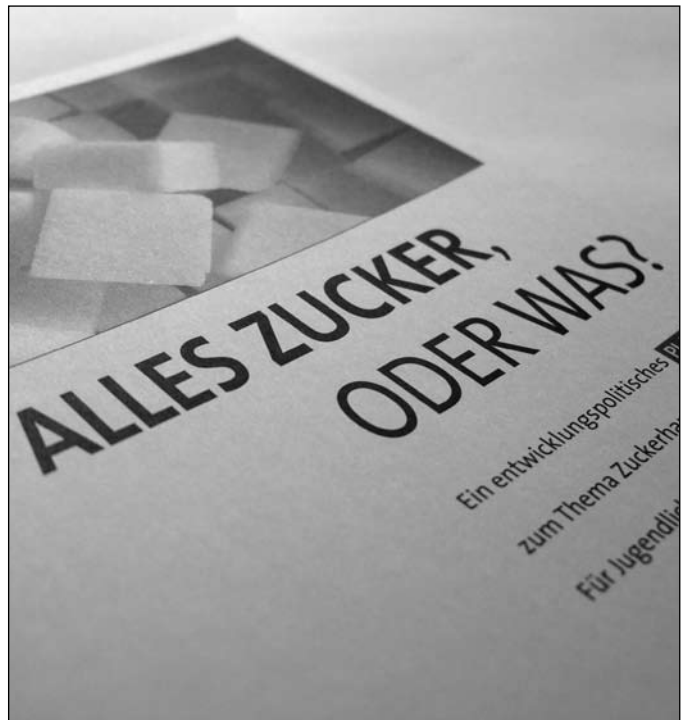
Die Beteiligten äußerten sich ausnahmslos positiv in den Feedbackrunden – Monika habe durch ihren Workshop die Inhalte nachvollziehbar dargestellt und neue Lust auf die sonst so trocken und kompliziert wirkenden Themen gemacht.

„Is it really true?“

### Der Zirkus Barbarella auf Reise in Ghana

Insgesamt 10 Reisende nahmen zwischen Weihnachten und den ersten Wochen des neuen Jahres an einem Jugendbegegnungsprojekt in Ghana teil. Die TeilnehmerInnen gehören zu dem Zirkus Barbarella, der Teil des Globo:log Projektes ist, und blieben insgesamt 14 Tage.

Das Highlight der Reise war der siebentägige Aufenthalt in Damongo, wo sie Zirkus-Workshops gaben. Die Geschicklichkeit der afrikanischen Kindern war nach Einschätzung der jungen deutschen Workshopleiterinnen und -leiter enorm. Gemeinsam mit dem Kids-Club, einem von ghanaischen und deutschen Freiwilligen organisierten Jugendzentrum, gab es als Höhepunkt einen Umzug durch das Dorf mit anschließender Aufführung: „Is it really true?“ (Ist das wirklich wahr?), so die spontane Reaktion eines kindlichen Besuchers. „Zirkus kommt an“, so war die Erfahrung schon in 2002 und jetzt wieder in 2008. Gemeinsam wollen die Verantwortlichen vom Zirkus und Kids-Club an einem Konzept für die Multiplikatorenschulung für die Dörfer um Damongo stricken. Sie sehen dies als Arbeit an der „youth empowerment“, an der Stärkung der Jugend. Das wird den „globalen Dialog“ der Partner stärken, den GLOBOLOG.



Alles Zucker, oder was? Der Leitfaden zum Planspiel

Wer Interesse hat, kann sich die Impressionen auf der Homepage des Zirkus ([www.zirkus-barbarella.de](http://www.zirkus-barbarella.de)) ansehen oder beim Katholikentag in Osnabrück im Mai vorbeischauen, dort wird die Arbeit dargestellt. Am Thema Kinder- und Jugend in Afrika interessierte Schulen u.a. könne auch ein oder anderen der Teilnehmenden im Rahmen des Projektes CAFE AFRICA zu sich einladen, wie das Gymnasium Twistringen es am 10.1. tat. Sophia-Marie Bömer konnte dort den Unterricht mit aktuellen Eindrücken gestalten und die 10 neuen Oware-Spiele ausprobieren, die sie aus Ghana mitgebracht hatte.

Reinhold Bömer

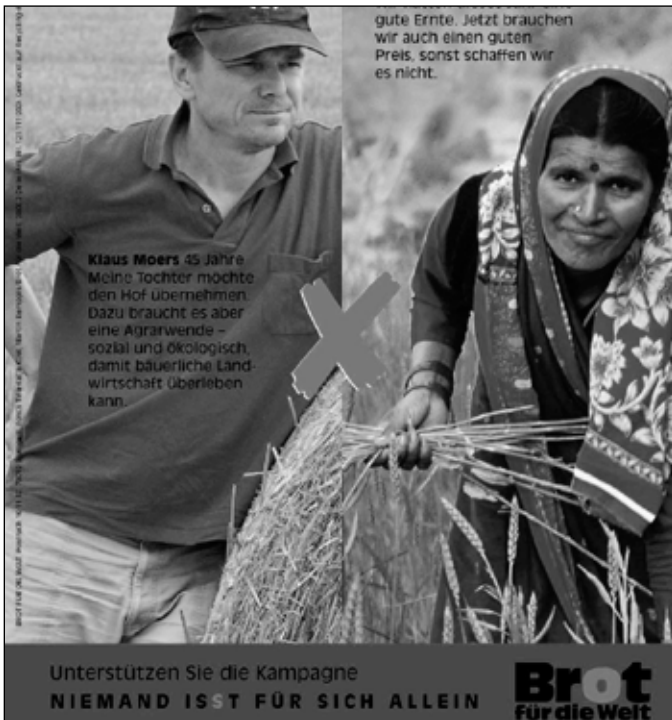


Neues aus dem Zuckerprojekt

### Entwicklungspolitisches Planspiel für Jugendliche

Im Rahmen des Zuckerprojektes sind verschiedenen Materialien zum Thema „Welthandel mit Zucker“ erstellt worden. Eines dieser Materialien ist ein Planspiel für Jugendliche, das nach einer Erprobungsphase seit Dezember als Broschüre vorliegt. Erarbeitet und ausprobiert wurde es mit 14-16jährigen Jugendlichen: Eine Altersgruppe, die häufig zu Fragen der Gerechtigkeit im Welthandel arbeitet, sei es in der Schule oder in kirchlichen (Firm- und Konfirmanden-) Gruppen – so lautet zumindest unsere Erfahrung im Ökumenischen Zentrum Oldenburg.

Das Planspiel „Alles Zucker, oder was?“ erhebt nicht den Anspruch, verzwickte Handelsstrukturen umfassend zu erklären – das soll es auch nicht. Der Schwerpunkt liegt vielmehr auf der Frage, wie und ob die Menschen, die in Zuckerproduktion und



Plakat aus der Brot für die Welt-Kampagne „niemand isst für sich allein“

-handel arbeiten, davon menschenwürdig leben können. Alle für das Spiel erforderlichen Materialien sind als Kopiervorlagen im Heft zusammengestellt; die ersten Seiten geben die erforderlichen Anleitungen zur Durchführung dieses Planspiels. Wir hoffen, damit in vielen Weltläden und Schulen Interesse am Thema zu wecken. Bei Interesse melden Sie sich unter: [info@oekumenisches-zentrum-ol.de](mailto:info@oekumenisches-zentrum-ol.de)

Walburga Hahn, Ökumenisches Zentrum Oldenburg,  
Kleine Kirchenstr.12, 26127 Oldenburg

Mit Gästen aus dem Süden

### Dialogprojekt Milch

Ob Bauernfamilien ein ausreichendes Einkommen haben und ihr täglich Brot erwirtschaften können, hängt nicht nur von ihrem Können und ihrem Fleiß ab. Durch die Globalisierung spielen sowohl die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen als auch die Agrar- und Handelspolitik auf nationaler und internationaler Ebene eine maßgebliche Rolle für alle bäuerlichen Betriebe.

Politische Rahmenbedingungen ermöglichen es so zum Beispiel, dass von insgesamt 14 Millionen Tonnen EU-Milchexporten 13 Millionen Tonnen mit Hilfe von Exportsubventionen ausgeführt werden, um die unter hohen Produktionskosten hergestellte Milch künstlich zu verbilligen. Diese Billigexporte landen überwiegend auf den Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländern und führen dazu, dass sich dort die eigene Milchwirtschaft nicht entwickeln kann oder verdrängt wird.

Diese Thematik steht im Mittelpunkt des Dialogs zwischen Nord und Süd, der von Brot für die Welt und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) initiiert ist und Teil der Kampagne „Niemand isst für sich allein“ ist. Mit dieser Kampagne informiert Brot für die Welt über die Zusammenhänge zwischen Hunger und Armut, Konsum und den Spielregeln des Welthandels.



GeldtransFAIR (Quelle: [www.bmz.de](http://www.bmz.de))

Ende Februar / Anfang März kommt eine erste Delegation von BauernvertreterInnen aus Lateinamerika nach Niedersachsen, um mit hiesigen Organisationen, Kirche, Bauern und Bäuerinnen, Politikern und Politikerinnen über die Auswirkungen der EU-Agrarhandelspolitik am Beispiel Milch zu sprechen. Gäste aus Peru, Brasilien und Nicaragua werden ihre Produktionsbedingungen schildern und sich über die Situation niedersächsischer Milchbauern informieren. Am 3. März findet dazu ab 20 Uhr die Diskussion „Fairer Handel mit Milch?“ mit Landwirtschaftsminister Ehlen und Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) in der Johanniskirche in Göttingen statt. Weitere Programmpunkte bitte erfragen.

Weitere Informationen: Entwicklungspolitisches Informationszentrum (EPIZ), Wilhelmsplatz 3, 37073 Göttingen  
eMail: [info@epiz-goettingen.de](mailto:info@epiz-goettingen.de), Tel.: 0551-487066

### Überweisungen in Entwicklungsländer sollen günstiger werden Internetservice „GeldtransFAIR“

MigrantInnen in Deutschland sollen sich einfacher über die Transferbedingungen verschiedener Unternehmen informieren und so ihr Geld kostengünstiger überweisen können. Insgesamt schicken Migrantinnen und Migranten rund 212 Milliarden Euro pro Jahr in ihre Herkunftsländer – das ist fast dreimal so viel Geld wie alle staatlichen Entwicklungsleistungen. Durch mangelnde Transparenz und hohe Überweisungsgebühren kommt ein Teil dieses Lohnes aber häufig nicht direkt dort an, wo er benötigt wird. Um dem entgegenzuwirken schalteten Bundesentwicklungsministerin Heidmarie Wiecek-Zeul und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 29.11.2007 den Internetdienst „GeldtransFAIR“ offiziell frei. „Wir wollen, dass von den Rücküberweisungen möglichst wenig für Transfergebühren abgezogen wird und so viel wie möglich tatsächlich bei den Adressaten daheim ankommt,



Ausschnitt aus einem Plakat des Projektes makeITfair  
(Download: [www.makeitfair.org](http://www.makeitfair.org))

um dort zur Armutsbekämpfung und wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen“, erklärte die Ministerin.

Über den Internetservice „GeldtransFAIR“ können die Benutzer das gewünschte Land und die zu überweisende Summe angeben und bekommen die Transferkosten, -art und -dauer von rund 40 verschiedenen Anbietern gegenübergestellt. Zur Zeit kann man die Konditionen für Überweisungen in sechs Herkunftsländer vergleichen: in die Türkei, nach Albanien, Ghana, Marokko, Serbien und in den Vietnam. Weitere Länder sollen folgen.

Neben mehr Transparenz für die MigrantInnen hofft Frau Wieczorek-Zeul auch auf einen steigenden Wettbewerb. Das britische Beispiel [www.sendmoneyhome.org](http://www.sendmoneyhome.org) habe so bei Überweisungen von Großbritannien nach Indien zu einer Kostensenkung von 40 Prozent beigetragen. Die Homepage wurde im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Frankfurt School of Finance & Management erstellt.

[www.geldtransfair.de](http://www.geldtransfair.de)

Studie des Netzwerks makeITfair

## Junge Menschen wollen fair produzierte Elektronikgeräte

Das Netzwerk makeITfair informiert über die Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in der Produktionskette von. Neun Organisationen aus mehreren europäischen Ländern, in Deutschland Germanwatch und die Verbraucher Initiative, kooperieren in diesem dreijährigen Projekt, das von der EU gefördert wird. Am 14.01.2008 stellte das Netzwerk nun eine vergleichende Studie mehrerer europäischer Länder vor. Nach dieser sind junge Menschen ernsthaft besorgt über die sozialen und ökologischen Aus-

wirkungen der Herstellung und Entsorgung von Unterhaltungselektronik. Eine Mehrheit von jungen Verbrauchern aus Europa verlangt, dass die Elektronikfirmen mehr Verantwortung dafür übernehmen sollen. Viele Jugendliche würden sogar höhere Preise akzeptieren, wenn sie sicher sein könnten, dass die Produkte verantwortlich hergestellt wurden.

Insgesamt fühlen sich mehr als zwei Drittel der befragten Jugendlichen nur ungenügend über die sozialen und ökologischen Probleme von Unterhaltungselektronik wie Handys, Laptops und Spielkonsolen informiert. Wenn den Jugendlichen die bestehenden Probleme wie Kinderarbeit und Menschenrechtsverletzungen bei der Rohstoffgewinnung für die Elektronikindustrie, schlechte Arbeitsbedingungen in den Elektronikfirmen in Asien und die Verkipfung von Elektroschrott in Entwicklungsländern bewusst werden, dann zeigen sich 40% von ihnen regelrecht schockiert.

Junge Leute sehen Hersteller und Vertriebsfirmen als Hauptverantwortliche: 85% erklärten, dass diese Firmen aktiv werden sollten, um die Probleme zu lösen. Aktuell berücksichtigt jedoch keine der IT-Markenfirmen die sozialen und ökologischen Probleme in ausreichendem Maße. „Die Führungsposition für fair produzierte Unterhaltungselektronik ist noch unbesetzt“, sagt Cornelia Heydenreich von Germanwatch, einer der deutschen Trägerorganisationen von makeITfair. „Die spannende Frage ist nun, welcher Hersteller diesen vielversprechenden neuen Markt zuerst bedienen wird.“ Die Studie belegt auch die Handlungsbereitschaft europäischer Jugendlicher: 45% der Befragten sagten, dass sie sich an Aktionen beteiligen würden, um Änderungen zu bewirken. Etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen aus allen vier Ländern gab an, dass sie gern bereit wären, 10% mehr für fair und verantwortlich hergestellte Produkte zu zahlen. 52% unterstützen ein Importverbot für unfaire Unterhaltungselektronik und fast ein Dreiviertel stimmte dafür, dass die illegale Entsorgung von Computern in Entwicklungsländern verboten werden sollte.

Zu der wachsenden Nachfrage gehört auch das öffentliche Beschaffungswesen. So will beispielsweise die niederländische Regierung von 2010 an nur noch fair produzierte Computer kaufen. „Die Unternehmen sollten die Nachfrage der privaten und öffentlichen Verbraucher ernst nehmen und sich um faire Alternativen bemühen, auch wenn die Realisierung von fairen Herstellungsbedingungen noch deutlich mehr Engagement der Hersteller erfordert“, unterstreicht Volkmar Lübke von der Verbraucher Initiative, die ebenfalls Träger des Netzwerks makeITfair ist.

makeITfair organisiert derzeit eine Aktion, bei der Jugendliche eine E-mail an die größten Elektronikfirmen schicken können. Diese kann über die internationale Plattform oder die Seite auf der Germanwatch-Homepage erreicht werden.

Weitere Informationen und die eMail-Aktion: Deutschsprachige Informationen: [www.germanwatch.org/makeitfair.htm](http://www.germanwatch.org/makeitfair.htm)

Internationale Plattform: [www.makeitfair.org](http://www.makeitfair.org)

Forderungen nach konsequenter Armutsbekämpfung

## NGOs treffen Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich am 16.01. mit VertreterInnen von zwölf internationalen Umwelt-, Gesundheits- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen aus Belgien und den G8-Staaten Deutschland, Kanada, Japan und Russland im Bundeskanzleramt getroffen. Gesprächsthemen waren die Verantwortung in Afrika und der Klimawandel.

Die rund zweistündige Unterredung setzte einen zum letzten G8-Gipfel begonnenen Meinungsaustausch zur Lösung der wichtigsten Probleme der Welt fort. Das Treffen sei insgesamt „gut gewesen“, sagte die VENRO-Vorsitzende Claudia Warning. Die Bundeskanzlerin hätte während des G8-Prozesses und auf ihren Reisen nach Afrika und Indien ein Gespür für die Situation der Armen entwickelt und sich von der Wirksamkeit vieler Entwicklungsprojekte überzeugen können. Auch von einer „Geberarroganz“ sei nichts zu verspüren gewesen. Im Gegenteil: Merkel bezeichnete es als Unsinn, wenn beispielsweise ein afrikanisches Nehmerland auf die unterschiedlichen Bedingungen und Wünsche von rund 40 Gebern eingehen und sich bevormunden lassen müsse.

Warning forderte die Bundesregierung auf, die Versprechen des G8-Gipfels zu halten und nun eine Umsetzungsplanung vorzulegen, einschließlich innovativer Finanzierungsinstrumente. „Alte Zusagen müssen konsequent, zielgerichtet und nachvollziehbar umgesetzt werden. Es gilt einen Monitoring-Mechanismus einzurichten, der auch der Öffentlichkeit zugänglich und nachvollziehbar ist“, erklärte die VENRO-Vorsitzende.

Der Ansicht, eine Lösung der Armutsprobleme sei allein durch wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, erteilte Warning eine klare Absage: „Unter dem Gesichtspunkt der Armutsbekämpfung sind ausländische Direktinvestitionen und wirtschaftliches Wachstum sicherlich eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende Bedingung“.

Öffentliches Fachgespräch von Bündnis 90 / Die Grünen

## Fachtagung zum Beschaffungswesen

Am 18.02.2008 führt die Grünen-Bundesfraktion ein Fachgespräch zum Thema Vergaberecht und Beschaffungswesen. Bereits im Oktober 2007 hatte Bündnis 90 / Die Grünen die große Koalition mit einem Antrag an die im Koalitionsvertrag versprochene Vergaberechtsreform erinnert. Im Februar soll nun mit VertreterInnen aus der Wirtschaft, Verbänden, NROs, den Kommunen, den Gewerkschaften, den Landesparlamenten, dem EU-Parlament und mit weiteren Interessierten diskutiert werden.

Die Ergebnisse sollen in die Erarbeitung eines detaillierten Reformvorschlages einfließen. Das Vergaberecht soll entbürokratisiert und transparenter werden, außerdem sollen die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden: „Der Bund setzt laufend durch Gesetze zu Gleichstellung, Gleichbehandlung, Umweltschutz, Arbeitsrecht und weiteren Themen Maßstäbe für Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen. Daran muss er sich auch selbst halten.“ Das Programm und weitere Informationen gibt es unter [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) (dort unter dem Punkt „Termine“ als „Vergaberecht reformieren - Rechtssicherheit schaffen“ zu finden).



## Kurz & Bündig



### Neue Broschüre: „Von Trommlern und Helfern“

Weder die entwicklungspolitische Theorie noch die Praxis ist frei von stereotypen Bildern und Rassismen. Wie ist das Verhältnis des „Gebers“ zum „Nehmer“, des „Helfers“ zum „Hilfsbedürftigen“, der „Entwickelten“ zu den „Unterentwickelten“? Gleichwohl die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sich dieser Reflexion ebenso unterziehen sollte, nimmt „Von Trommlern und Helfern“ in erster Linie die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in den Blick. Die Broschüre soll zum Nachdenken anregen und nicht Vorwürfe erheben oder sich mit dem moralischen Zeigefinger über die Praxis der vielen Engagierten stellen. Sie soll Lust machen, sich aktiv damit auseinanderzusetzen, wie sich

rassistische Strukturen auch in den eigenen Projekten widerspiegeln – und wie sie überwunden werden können!

Gegen eine Schutzgebühr von 5,- € zzgl. Porto zu bestellen bei: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER), Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin, eMail: [buero@ber-ev.de](mailto:buero@ber-ev.de)

### mehr möglich machen: Finanzratgeber für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit

Der Finanzratgeber „mehr möglich machen“ der agl ist ein nützliches Nachschlagewerk für Eine-Welt-Initiativen, Gruppen und NROs. Hier erhalten Sie Adressen von Fördergebern und Förderinstitutionen – bundesweit und in den einzelnen Bundesländern, deren Förderkriterien und -voraussetzungen sowie praktische Tipps

zum Abfassen eines Antrages und Beiträge zu den Themen bürgerschaftliches Engagement, Bürgerstiftungen. „mehr möglich machen“ liegt in der aktualisierten dritten Auflage erstmals auch als Datenbank-Version zur eigenständigen Suche nach Bundesländern, Fördergebern und Förderinhalten unter dem Menüpunkt „Finanzratgeber“ auf der agl-Homepage [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de) vor.

Gegen eine Kostenerstattung von 5,- € bestellen bei: agl-Geschäftsstelle, Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover, eMail: [info@agl-einewelt.de](mailto:info@agl-einewelt.de), Tel.: 0511-1231983,

### Zuckerprojekt: Medienkiste „Welt-handel am Beispiel der EU-Zuckermarktreform“

Von der Geschichte des Zuckers bis hin zu den Auswirkungen der Reform der EU-Zuckermarktordnung: Das Thema Zucker betrifft die Länder im Süden, die Rübenbauern in unserem Land und auch unser tägliches Leben. Am Beispiel Zuckerhandel werden die Strukturen des Welthandels und die Verstrickung der globalen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebene mit unserem Alltag deutlich. Die Kooperation Dritte Welt Archive - Archiv<sup>3</sup> bietet bundesweit an ihren 10 Standorten die im Rahmen des Zuckerprojekts des VENs erstellte Medienkiste zur Ausleihe an. Zielgruppe sind SchülerInnen der SEK I, SEK II und Oberstufe, aber auch StudentInnen und MultiplikatorInnen. Die Kiste enthält Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Reader, Filme und Unterrichtseinheiten, mit denen das Thema vielseitig und aus verschiedenen Aspekten bearbeitet werden kann.

Kontakt: [archiv@fdcl.org](mailto:archiv@fdcl.org), Tel.: 030-6934029

### Vortrag: Mumbai – Geographie und Entwicklung einer indischen Megastadt

Dieser von der Deutsch-Indischen Gesellschaft Hannover veranstaltete Vortrag zeigt zuerst die besonderen geographischen Lagemomente und die darauf basierende koloniale Glanzzeit der Metropole auf. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt jedoch in den Veränderungen von der Metropole Bombay zur Megacity Mumbai unter den Einflüssen der Globalisierung und Indiens ‚New Economic Policy‘ seit 1990. Das Verständnis für jüngste Entwicklungen wird in lokale, nationale und globale Zusammenhänge eingebettet.

Der Referent, Prof. Dr. Heinz Nissel, lehrt am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien und arbeitet seit mehr als dreißig Jahren über Metropolen in Indien und der „Dritten Welt“. 1974 promovierte er in Wien mit einer sozialgeographischen Analyse über Bombay und hat seither die Entwicklung dieser Großstadt zur Megastadt weiter verfolgt. Neben der Stadtforschung sind seine Arbeitsschwerpunkte die Globalisierung und die politische Geographie (Wahlforschung).

Am Freitag, 29. Februar 2008, 19 Uhr  
Volkshochschule Hannover, Theodor-Lessing-Platz 1 (gegenüber vom Neuen Rathaus) Eintritt: 5,- € / 3,- € (ermäßigt)



### WEED Bildungs-CD: Der Weg eines Computers

Die Bildungs-CD des WEED-Projektes PC global macht den Weg eines Computers von der Rohstoffgewinnung über dessen Produktion und Nutzung bis zur Entsorgung nachvollziehbar. Sie ist speziell für Jugendliche und junge Erwachsene ab 15 Jahren konzipiert und kann sowohl selbstständig genutzt als auch von SeminarleiterInnen, LehrerInnen und AusbilderInnen für die Bildungsarbeit eingesetzt werden. Das auf der CD enthaltene Material und die Anregungen für die Bildungsarbeit sind vielfältig kombinierbar. Darüber hinaus bieten WEED e.V. und Germanwatch e.V. Schulen und Bildungsträgern an, dass unsere ReferentInnen alleine oder in Kooperation mit den LehrerInnen/SeminarleiterInnen eine Lerneinheit oder einen Projekttag auf Grundlage der CD gestalten.

Gegen eine Schutzgebühr von 10,- € zzgl. Versand zu bestellen per eMail an [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)

Weitere Infos zum WEED-Projekt PC global: [www.pcglobal.org](http://www.pcglobal.org)

## Impressum

HERAUSGEBER Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.  
REDAKTION Hannes Philipp

VERANTWORTLICH VEN Geschäftsstelle  
Hausmannstraße 9 - 10 | 30159 Hannover  
Tel. 0511/391650 | [hannover@ven-nds.de](mailto:hannover@ven-nds.de)  
BÜROZEITEN: Mo - Do 10<sup>00</sup> - 16<sup>00</sup>

AUFLAGE: 280, Gedruckt auf Recyclingpapier (Blauer Engel)  
DER NÄCHSTE RUNDBRIEF erscheint im April  
Beiträge hierzu bitte an: Katharina Meyer, [foej@ven-nds.de](mailto:foej@ven-nds.de)